Stand: 15.12.2025 19:09:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/12144

"Den Brexit als Chance nützen: Die Europäische Union besser machen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/12144 vom 29.06.2016
2. Beschluss des Plenums 17/12228 vom 29.06.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 77 vom 29.06.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 29.06.2016 **Drucksache** 17/**12144**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Diana Stachowitz, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Den Brexit als Chance nützen:
Die Europäische Union besser machen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zur Europäischen Union nicht nur als Wirtschafts- und Handelsunion, sondern auch als Wertegemeinschaft für Freiheit, Demokratie, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte. Der Austritt des Vereinigten Königsreichs aus der EU ändert daran nichts, gibt aber Anlass, die deutsche und bayerische Europapolitik stärker in den Mittelpunkt der politischen Bemühungen zu stellen, die Bürgerinnen und Bürger stärker als bisher über die EU zu informieren und am europäischen Einigungsprozess zu beteiligen.

Der Landtag stellt weiter fest, dass der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union eine breite gesellschaftliche Diskussion über eine Neuorientierung der europäischen Politik nach sich ziehen muss. Nach Jahrzehnten der Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitik als Schwerpunkt der EU, muss in den kommenden Jahren mehr in Arbeit, Bildung und Ausbildung, soziale Gerechtigkeit, Sicherheit und Schutz in allen Mitgliedstaaten der EU investiert werden. Die gerechte Verteilung des Wohlstands in allen Mitgliedstaaten muss ebenso in den Mittelpunkt gerückt werden wie auch mehr Solidarität der Mitgliedstaaten untereinander.

Gerade die Lösung globaler Probleme wie die Beseitigung von Fluchtursachen und die Unterstützung und Hilfe für die nach Europa kommenden Flüchtlinge, die Bewältigung weltweiter Klimaveränderungen, eine nachhaltige Politik in allen Staaten, die Beseitigung von Armut und Arbeitslosigkeit, die Bekämpfung internationaler Kriminalität und des Terrorismus, die Gestaltung der Folgen der Globalisierung und Digitalisierung sind vordringliche Aufgaben, die nur gemeinsam gelingen können und Nationalstaaten völlig überfordern. Deshalb bekennt sich der Landtag zu einem solidarischen Europa der Bürgerinnen und Bürger und der Mitgliedstaaten untereinander.

Der Landtag erteilt allen Versuchen eine Absage Europa zu spalten, seine Gesellschaften zu entsolidarisieren und den Zusammenhalt der Staaten in Frage zu stellen.

Der Landtag bekennt sich zu dem Ziel, ein von den Bürgerinnen und Bürgern in allen Mitgliedstaaten getragenes Europa zu realisieren. Dazu sind Veränderungen erforderlich.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich für diese Veränderungen einzusetzen:

– Die EU muss sozialer und solidarischer werden. Die zunehmende Spaltung der EU-Gesellschaften in Arm und Reich gefährdet das europäische Projekt. Notwendig ist mehr europäische Sozialpolitik, die den Wohlstand gerecht verteilt, Armut verhindert und beseitigt, Arbeits- und Perspektivlosigkeit, insbesondere von Jugendlichen, abbaut und Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen schützt und Steuerbetrug sowie Korruption entschlossener bekämpft.
– Die EU konzentriert sich auf die Lösung der für ein soziales, sicheres und solidarisches Europa wesentlichen Fragen. Es soll der Grundsatz gelten, dass die Regionen der EU, die Städte und Kommunen der EU in ihren Aufgaben gestärkt und nicht geschwächt werden.
– Die europäische Union braucht eine Strukturreform mit klaren und subsidiären Kompetenzzuweisungen und muss demokratischer werden. Hierzu gehören die Stärkung des EU-Parlaments mit allen demokratischen Rechten und Kontrollaufgaben und eine Länderkammer als Vertretung der Mitgliedstaaten.

Begründung:

Das knappe Votum der britischen Bevölkerung für einen Austritt aus der Europäischen Union ist ein weiteres Alarmsignal, dass die Akzeptanz der europäischen Integration bei den Bürgerinnen und Bürgern schwindet. Das Brexit-Votum gibt Hinweise, wo die Gründe dafür liegen.

Es sollte deshalb als Weckruf und als Chance begriffen werden. Für Pro-Europäer muss es Anlass sein, die Zukunft der EU nicht ihren Feinden und Gegnern zu überlassen, sondern sich diesen parteiübergreifend entschieden in den Weg zu stellen und die wahren Konsequenzen ihres verantwortungslosen Redens aufzuzeigen. Das bedingt aber auch, über eine Neube-

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

gründung und ggf. Neuausrichtung der EU eine ernsthafte und intensive gesellschaftliche Diskussion zu beginnen, um Verbesserungen der EU zu erreichen, die das Projekt Europäische Integration auf ein zukunftsfestes Fundament ihrer Bürgerinnen und Bürger stellen.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 29.06.2016 **Drucksache** 17/**12228**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Diana Stachowitz, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**12144**

Den Brexit als Chance nützen: Die Europäische Union besser machen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Hubert Aiwanger
Abg. Dr. Franz Rieger
Abg. Ludwig Hartmann
Abg. Markus Rinderspacher
Abg. Prof. Dr. Michael Piazolo
Staatsministerin Dr. Beate Merk

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe jetzt zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nach Brexit: Europa retten, Bayern schützen, Regionen stärken! (Drs. 17/12130)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Reinhold Bocklet, Kerstin Schreyer-Stäblein u. a. und Fraktion (CSU)
Konsequenzen aus dem Brexit besonnen ziehen - Für eine bessere EU-Politik! (Drs. 17/12132)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Europa neu begründen: Mehr Gemeinsinn, mehr Demokratie - weniger Nationalismus, weniger Hinterzimmerpolitik (Drs. 17/12135)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster u. a. und Fraktion (SPD)
Den Brexit als Chance nützen: Die Europäische Union besser machen! (Drs. 17/12144)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und darf als Erstem für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herrn Kollegen Aiwanger das Wort erteilen.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa steckt in einer handfesten Krise, und wir von der Politik müssen alles tun, um diese Krise zu überwinden, weil wir Europa brauchen. Ich glaube, in diesem Punkt sind wir alle einer Meinung. Wir müssen auch feststellen, dass die zentralen Akteure in den europäischen Gremien in den letzten Jahren vielleicht nicht

erkannt haben, dass ein Vertrauensverlust erst schleichend und dann galoppierend eingesetzt hat, sodass immer mehr Bürger nicht mehr hinter dieser EU-Politik stehen, wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben. Begonnen hat es mit der Euro-Rettungspolitik. Es gab die ersten Vorzeichen, als Bürger gefragt haben: Stecken wir da mit drin, und kommen wir aus dieser Situation irgendwie wieder heraus? Man hatte schon irgendwie das Gefühl, von anderen bevormundet zu sein und nicht selbst hinter den Dingen stehen zu können.

In den letzten Jahren haben sich viele weitere Themen zugespitzt, und die Entwicklung gipfelte – zu schlimmer Letzt, muss man sagen – im Brexit. Man stellt eine Ohnmacht der EU-Politik im Hinblick auf die Flüchtlingskrise fest. All das hat den Bürgern gezeigt: Die Politiker, die vorne steuern, haben den Laden nicht im Griff, und wir trauen ihnen nicht. Die Engländer haben mit einem gewissen nationalen Zusatzton, den es in anderen Regionen vielleicht nicht so gibt, gesagt: Okay, dann gehen wir raus.

Wie sind jetzt die Reaktionen? – In meinen Augen schon wieder falsch. Herr Juncker sagt: Wir fragen bei bestimmten Themen wie CETA und TTIP die Bevölkerung einfach nicht mehr, sondern machen das gleich über die EU und fragen auch die Mitgliedstaaten gar nicht mehr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch wird gegenüber den Briten mit einem gewissen Schmollton gesagt: Raus ist raus, jetzt aber schnell, macht euch vom Acker. Auch das ist falsch. Das gilt vor allem im Hinblick auf die bayerische Wirtschaft. In dieser Hinsicht sind wir von den FREIEN WÄHLERN durchaus der Überzeugung, dass wir dieses Thema in der jetzigen Situation besonders berücksichtigen müssen. Es gilt, Schadensbegrenzung zu betreiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jeder zehnte BMW geht nach Großbritannien. Wir können es uns nicht leisten, dass diese Insel völlig abschmiert, dass die Zahlungsfähigkeit leidet und am Ende der Ex-

port aus Deutschland und damit der Wohlstand und die Arbeitsplätze in Deutschland betroffen sind. Insofern ist es angesagt, vernünftig weiterzuarbeiten, nicht die Jalousien herunterzulassen und zu sagen, man wolle mit den Leuten nichts mehr zu tun haben.

Die Politik muss sich auch an die eigene Brust klopfen und fragen, wie es dazu kommen konnte. Falsch ist es zu sagen: Wenn nicht so abgestimmt wird, wie wir das erwarten, dann lassen wir nicht mehr abstimmen. – Nein, wir von der Politik müssen diesen Vertrauensverlust aufarbeiten. Wir von den FREIEN WÄHLERN bringen hierbei das Zauberwort der Regionalität ins Spiel. Ich frage mich, warum man sich windet, wenn es darum geht, mehr regionale Zuständigkeiten nicht nur in Sonntagsreden anzuführen, sondern auch einzufordern und einzuführen.

Die EU hat bei vielen Dingen zu viele Kompetenzen an sich gezogen, die man gezielt im Einzelfall wieder zurückgeben könnte. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an Fehlentwicklungen bei der Agrarpolitik. Die Agrarpolitik ist in Europa der am weitesten vergemeinschaftete Wirtschaftszweig. Reden Sie einmal mit den Bauern, nicht nur hierzulande, wie sie sich unter dieser politischen Prämisse fühlen. Man muss fragen, ob diese europäische Agrarpolitik ein Erfolgsmodell ist oder ob man nicht eher feststellen muss, dass die Landwirte zunehmend auf der Strecke bleiben und dass die gleichen Agrarausgleichszahlungen von Deutschland bis Rumänien bezahlt werden, ohne auf die Regionalität zu achten. Bei uns ist es zu wenig, und in Rumänien ist es vielleicht zu viel. Deshalb siedeln sich dort Großinvestoren aus dem Westen an, bedienen sich dort und schließen bei uns die Tore. Wir haben hier Verwerfungen, aber es bleibt leider nicht die Zeit, die Probleme der Agrarpolitik zu vertiefen. Sie kann aber als Beispiel dafür dienen, dass auf diesem Feld die Vergemeinschaftung mit Sicherheit nicht die goldene Zukunft gebracht hat, die man sich erhofft hat.

Reden Sie mit den Bürgermeistern bezüglich der Ausschreibungspflichten. Wenn ein bayerischer Bürgermeister nicht einmal mehr eine Turnhalle bauen kann, ohne entweder irgendwelche Winkelzüge anstellen zu müssen oder europaweit ausschreiben zu

müssen, worauf eine portugiesische Firma die Ausschreibung gewinnt, so ist das zu beklagen. Dann will man noch TTIP oder CETA oben draufsetzen, um noch andere Kontinente mit einzubeziehen, damit noch andere Kontinente in die Ausschreibungsmodalitäten einfließen. Das zeigt, dass wir an vielen Stellen zu viel Europa haben, während wir an anderer Stelle zu wenig Europa haben, wenn es zum Beispiel um Flüchtlingspolitik, Sicherheitspolitik, internationalen Terrorismus oder Armutsbekämpfung geht.

Wir müssen das Zusammenspiel von europäischer Ebene und nationaler Ebene unter Einbeziehung von Regionalität neu justieren. In vielen Fällen würde mehr Regionalität Druck vom Kessel nehmen – ob es die Schotten, die Basken oder die Bayern sind.

In Ihren Reihen gibt es Leute, die immer posten, Bayern solle aus Deutschland austreten. Wenn Bayern in Deutschland mehr Ellbogenfreiheit hat – –

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Schmarrn!)

– Das ist kein Schmarrn, lesen Sie die Eintragungen Ihrer Facebook-Freunde!

Wenn Bayern also mehr Ellbogenfreiheit in Deutschland hätte, dann würde vielleicht auch der Bayer gar nicht auf diesen Gedanken kommen. Auch der Franke würde sich wohlfühlen, wenn er regional ordentlich bedient würde. Regionalität ist das Zauberwort, das wir von den FREIEN WÄHLERN in die Debatte einbringen wollen, und zwar für ein Europa der Bürger und der Regionen. Mit dieser Überschrift sind wir in den Europawahlkampf 2014 gestartet. Wahlentscheidend waren dann ganz andere Themen. Wie man Regionalität schreibt, interessiert niemanden. Langsam glaube ich aber, dass das Thema immer mehr interessieren wird. Wenn man die Bürger nicht mitnimmt, wird der Brexit nicht der letzte Betriebsunfall dieser EU gewesen sein. Mir wird angst, wenn ich sehe, welche Leute weiterhin das große Rad in dieser EU drehen. Mir wird angst, wenn ein Ignorant wie Herr Juncker sagt: Dann sperren wir das Volk aus, dann machen wir alleine ohne das Volk weiter. Das ist der falsche Weg.

Ich will nicht nur die europäische Ebene, sondern auch die bayerische Ebene beleuchten. Herr Ministerpräsident, nochmal vielen Dank, dass Sie unsere Unterschriften entgegengenommen haben. Wichtig ist, auch das Thema Freihandelsabkommen in Bayern in die Debatte einzubringen und zu fragen, wo die bayerische Bevölkerung in dieser Hinsicht steht. 20.000 Unterschriften sind symbolhaft für viele Menschen, die das Gefühl haben, alles gehe über ihre Köpfe hinweg und sie wüssten nicht, worum es eigentlich gehe; man weiß nicht, wie sich das Ganze auswirkt. Immer mehr haben berechtigte Sorgen, vom Deutschen Richterbund über die Landwirtschaft bis hin zu den KMUs, die sich zunehmend organisieren und fordern: Bitte, so nicht. Sie fordern auch: Wir wollen mitgenommen werden. Deshalb auch abschließend der Appell an Sie von der Staatsregierung: Nehmen Sie diesen Hilferuf der Bevölkerung ernst, fragen Sie das Volk!

Sobald CETA ausverhandelt ist, hoffen wir, dass es als gemischtes Abkommen gesehen wird und Bayern im Bundesrat gefragt wird. Es darf nicht sein, dass es über unsere Köpfe hinweggeht. Sollte es über die Köpfe hinweggehen, dann erwarte ich von Ihnen, dass Sie in Berlin so stark auf den Putz hauen, dass der Putz von den Wänden fällt. Es darf nicht sein, dass das ohne die Nationalstaaten abgewickelt wird. Das darf nicht passieren. Unabhängig davon können Sie von der Bayerischen Staatsregierung die Bevölkerung fragen. Wir fordern, die bayerische Bevölkerung zu befragen. Ab Juli wird ein Volksbegehren auf den Weg kommen, um CETA und TTIP zu stoppen. Die Verhandlungen müssen unter einer neuen Sichtweise neu begonnen werden. Dabei muss die Regionalität eine größere Gewichtung haben. Wir brauchen Europa, und wir müssen Europa retten, aber ein "Weiter so‘" darf es nicht geben. Wir wollen ein Europa der Bürger und Regionen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Dr. Rieger das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Jetzt geht es los!)

Dr. Franz Rieger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Aiwanger, ich habe einen Hinweis für Sie, weil Sie wahrscheinlich nur in Bayern unterwegs sind.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich bin auch woanders unterwegs!)

In Berlin gibt es viele Betonbauten. Wenn man auf den Putz haut, fällt überhaupt nichts herunter. Herr Aiwanger, vielleicht muss man andere Maßnahmen ergreifen. Man kann nicht immer nur auf den Putz hauen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Doch!)

Das wollte ich Ihnen bloß sagen. Wahrscheinlich wissen Sie das nicht, weil Sie in Bayern immer nur auf den Putz hauen.

(Beifall bei der CSU)

Vielleicht nimmt Sie der Herr Ministerpräsident einmal mit. Möglicherweise überlegen Sie sich dann noch andere Methoden. Mit Brachialgewalt sollte man an dieses Thema nicht herangehen.

Meine Damen und Herren, das Thema ist sehr komplex. Nur eines ist gewiss: Offenbar hat der Ausgang des Referendums die englische Fußballnationalmannschaft so erschüttert, dass sie den Brexit schon am Montagabend vollzogen hat. – Spaß beiseite.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist kein Spaß, sondern bitterer Ernst!)

Ich hätte mir wirklich gewünscht, dass die EU in Großbritannien so viele Fans hätte wie der Fußball.

Der Austritt Großbritanniens ist ein historischer Einschnitt für Europa mit voraussichtlich ganz bitteren Folgen für das Vereinigte Königreich, aber auch für Deutschland und

unser Land Bayern. Zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union tritt ein ganzer Staat aus, noch dazu die fünftgrößte Wirtschaftsnation der Welt. Selbst der Versuch, die Briten mit Einräumung von Sonderrechten in der Gemeinschaft zu halten, ist gescheitert. Dass der sogenannte Brexit eine Krise der Europäischen Union zur Folge haben wird, bedarf keiner weiteren Erläuterungen.

Entscheidend ist jetzt, wie wir damit umgehen. Wir dürfen diesen Austritt auf keinen Fall als Anfang vom Ende betrachten, sondern müssen ihn als Weckruf betrachten. Wir sollten diese Krise als Chance wahrnehmen zur Neugestaltung, zur Verbesserung der Europäischen Union, zum Nachjustieren der Regeln, die bisher nicht funktionierten, und insbesondere als Chance, das verlorene Vertrauen der Bürger wieder zurückzugewinnen. Eines steht fest: Die meisten Menschen im Vereinigten Königreich haben nicht rational, sondern emotional abgestimmt, weil sie das Vertrauen in diese Europäische Union verloren haben. Diese Tendenz ist leider auch in vielen anderen Mitgliedstaaten erkennbar.

Wie aber hat eine Neugestaltung Europas jetzt auszusehen? Was soll sie zum Ziel haben? – Die einen fordern mehr Europa, die anderen weniger Europa, wieder andere ein Kerneuropa, die SPD mit ihrem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag ein soziales Europa im Sinne einer Sozialunion. Die richtige Antwort lautet jedoch: Wir brauchen ein besseres Europa.

(Lachen bei der SPD)

Großbritannien hat gezeigt, dass die Menschen selbst mit Einräumung von Sonderrechten und eigener Währung nicht mehr zufrieden sind mit diesem Europa, obwohl ihnen dieses Europa 70 Jahre Frieden, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit gegeben hat. Wir brauchen deshalb ein Europa, das die Bürger akzeptieren und mit dem sie zufrieden sind. Wir müssen ein besseres Europa aus der subjektiven Sicht der Bürger gestalten. Das ist der richtige Ansatz.

Wie die Union diese Krise durchsteht, hängt vor allem davon ab, ob die Gemeinschaft Antworten für ihre Bürger parat hat. Sie hat die Bürger mit Biegen und Brechen der eigenen Regeln und auch der Verträge allzu oft enttäuscht. Sie muss Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit finden, die die Bürger bewegen. Das sind vor allem die Sorgen der Menschen um die Währungsstabilität, die Sorgen der Menschen um die innere Sicherheit und die Sorgen der Menschen wegen der Zuwanderung, insbesondere um ein Scheitern der Integration, was wir fast täglich in Frankreich und Belgien erleben. Die Menschen sorgen sich außerdem wegen überbordender Bürokratie und nicht nachvollziehbarer Entscheidungen aus Brüssel.

Meine Damen und Herren, dies gilt gerade auch für die Menschen in Bayern. Unsere Bürger wollen eine erfolgreiche Migrations-, Sicherheits- und Währungspolitik, die ein sicheres und wirtschaftlich starkes sowie friedliches Bayern gewährleistet. Sie wollen keine Union, die staatliche Strukturen auflöst, mit denen sie zufrieden sind. Für das Exportland Bayern ist Europa in besonderer Weise ein Wirtschaftsraum mit kurzen Wegen, wirtschaftlicher Kraft und großer Dynamik. Unseren Wohlstand und unsere Zukunftschancen sichern wir in und mit Europa. Für die Stabilität der Währung, für die Sicherung von Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent, für hochwertige Arbeitsplätze, technologische Zukunftsprojekte und für die starke Bedeutung unserer guten Werteordnung – für all das brauchen wir unser Europa.

Das bedeutet in Bezug auf die aktuelle Situation: Wir müssen unsere Vertragsbeziehungen mit dem Vereinigten Königreich konsequent auf eine neue Grundlage stellen mit dem Inhalt, dass Großbritannien in der westlichen Wertegemeinschaft verbleibt. Ein wichtiger Aspekt ist die Kontinuität in der Wirtschaftspolitik. Die Entscheidung der Briten hat große Unsicherheit auf den Märkten im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung Großbritanniens bewirkt. Unsicherheit ist Gift für die Konjunktur. Deshalb ist es außerordentlich wichtig, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zum Vereinigten Königreich so gestaltet werden, dass für die bayerische Wirtschaft möglichst wenige Nachteile entstehen. Großbritannien ist nach den USA der zweitwichtigste Handels-

partner des Freistaats. Im Jahr 2015 lagen die Exporte bei 15,5 Milliarden Euro. Das sind knapp 9 % der bayerischen Gesamtausfuhren. Vor allem für die Automobilindustrie ist Großbritannien ein bedeutender Produktionsstandort und Absatzmarkt. Insgesamt 460 bayerische Unternehmen sind jenseits des Ärmelkanals aktiv. Die Lebensmittelindustrie, die in Bayern besonders stark ist, ist ebenfalls betroffen.

Jetzt muss ein pragmatischer Reformprozess in der Europäischen Union eingeleitet werden. Strukturelle Schwächen müssen beseitigt werden. Das bedeutet, Europa muss sich auf seine Kernkompetenzen konzentrieren und strikt das Subsidiaritätsprinzip anwenden. Dazu brauchen wir überzeugende demokratische Führungsstrukturen unter Anerkennung der Souveränität der Mitgliedstaaten. Im Ergebnis müssen wir bei allen Reformen und Verbesserungen immer im Auge behalten, dass das Vertrauen der Bürger in die Gemeinschaft gestärkt wird. Vertrauen die Bürger der Europäischen Union, ihren Institutionen und ihrer Führung, hat sie auch eine gute Zukunft. Wenn wir das schaffen, schaffen wir auch ein besseres Europa, das weiterhin Frieden, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit gewährleistet für uns und unsere Kinder.

Meine Damen und Herren, deshalb haben wir diesen Dringlichkeitsantrag gestellt und bitten dazu um Zustimmung. Die Dringlichkeitsanträge der FREIEN WÄHLER, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der SPD werden wir ablehnen. Der Situationsanalyse der GRÜNEN können wir schon grundsätzlich nicht zustimmen, weil sie an der tatsächlichen Sachlage vorbeigeht. Insbesondere die Feststellung, Europa habe kein Bürokratieproblem, kann ich nicht nachvollziehen. Das können auch viele kleine und mittelständische Unternehmer, die tagtäglich damit kämpfen, nicht nachvollziehen. Dem Antrag der FREIEN WÄHLER stimmen wir ebenfalls nicht zu, weil wir keine große EU-Vertragsreform, keinen Konvent, wollen. Den Antrag der SPD lehnen wir ab, da der Schwerpunkt zur Bewältigung der Herausforderungen zurzeit sicher nicht bei einer weitergehenden Sozialunion liegt.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darf ich Herrn Kollegen Hartmann das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am vergangenen Sonntagabend zeigte das "heute-journal" ein Interview mit einem jungen Engländer. Er war völlig konstatiert und hat ins Mikro gesagt: Ich ging nicht wählen; ich bin davon ausgegangen, dass wir in der EU bleiben; ich habe das für eine sichere Sache gehalten.

Mal ganz ehrlich: Das haben doch wohl die meisten hier gedacht: Europa – das wird schon irgendwie funktionieren. Seit Freitagmorgen wissen wir, dass es eben nicht so ist, dass Europa nicht einfach so funktioniert, sondern uns braucht, und dass wir nicht achselzuckend zuschauen dürfen, wenn Europa schlechtgeredet wird oder noch schlimmer: wenn der Rückzug auf ein Europa der Nationalstaaten gefordert wird oder auf ein Europa der Vaterländer, wie es bei den Rechtsnationalisten heißt.

Was ist nun das zentrale Problem der EU? Was ist die treibende Kraft hinter der Krise, die in der vergangenen Woche so schonungslos offengelegt worden ist? – Es ist das fehlende europäische Bewusstsein. Das sehen wir an dem am Anfang angeführten Zitat des jungen Mannes, der leider erst zu spät gemerkt hat, dass man seine Freiheit auch verteidigen muss. Das ist zwar nicht gut, aber vergleichsweise harmlos. Das sehen wir aber leider auch – hier erinnere ich nur an den Europa-Wahlkampf 2014 – an jenen Politikerinnen und Politikern, die nicht fragen, was für Europa und für die Menschen in Europa gut ist, sondern nur fragen: Was kann ich für mein Land aus Brüssel herausholen? Das ist nicht mehr harmlos. Das macht Europa kaputt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Europäische Union ist die Antwort auf das Großmachtstreben und den Rassenwahn des Naziregimes in der ersten Hälfte

des letzten Jahrhunderts. Die EU ist ein Raum der Freiheit in einer Weltregion, die lange scheinbar unüberwindbare Grenzen hatte. Mit "Freiheit" meine ich die Freiheit der Waren, der Dienstleistungen und des Kapitals, aber vor allem das Recht der Menschen, sich frei zu bewegen und Teil eines gemeinsamen Europas zu sein, unabhängig von ihrer Herkunft, ihren Überzeugungen und ihrer Art zu leben. Diese Freiheit ist nicht teilbar. Wer glaubt, der Sinn der EU und des gesamten europäischen Einigungsprozesses besteht darin, eine Art bessere Freihandelszone zu schaffen, hat aber auch gar nichts von Europa verstanden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Europa steht unstrittig vor schwierigen Herausforderungen. Die Menschen, die auf der Suche nach Schutz nach Europa fliehen, eine gigantische Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, natürlich auch die weiterhin schwelende Finanzkrise in Europa und das Thema Erdüberhitzung: all diese Herausforderungen verlangen Antworten. Bislang fehlen sie. Sie fehlen, weil nationale Regierungen am Ende die Entscheidungen treffen. Sie handeln vermeintlich im nationalen Interesse.

Aber ein besseres Europa funktioniert anders. Das gilt: das Beste für Europa und die Menschen zu erreichen; nicht: möglichst viele Vorteile für sein eigenes Land herauszuholen. So handeln echte, überzeugte Europäer, und sie haben damit recht. Glaubt denn einer von Ihnen hier im Hohen Hause wirklich im Ernst, all diese großen Herausforderungen in den Nationalstaaten besser lösen zu können, jeder für sich alleine?

Europa gehört den Bürgerinnen und Bürgern. Die Europäische Union ist zuallererst ihre Angelegenheit, nicht die der Regierungen und Nationalstaaten. Eine europäische Öffentlichkeit gibt es nur, wenn die Bürgerinnen und Bürger mitreden und mitentscheiden können. Wir brauchen mehr Offenheit, mehr Öffentlichkeit und vor allem ein Europäisches Parlament, das mehr Entscheidungen treffen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Geben wir dem Europäischen Parlament doch endlich die Möglichkeit und das Recht, Gesetzesvorschläge auszuarbeiten und in den Gesetzgebungsprozess einzubringen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich direkt an Europa beteiligen und sich einmischen können. Eine Bürgerbeteiligung auf nur nationaler Ebene ersetzt das nicht. Solange im Europäischen Rat und im Ministerrat die Entscheidungen hinter verschlossenen Türen ausgehandelt werden, bleiben die Menschen doch zu Recht skeptisch, was Europa angeht.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen der CSU, Sie haben gerade unseren Antrag angesprochen. Sie behaupten, der Grund der Krise der EU besteht in dem Übermaß an Bürokratie. Ich behaupte: Damit wollen Sie nur die Menschen an der Nase herumführen und davon ablenken, dass auch Sie nur darauf achten, was Sie aus Brüssel für Ihr Land, für unser Land herausholen können. Sie suchen einen Sündenbock. Sie wollen nur verbergen, dass auch Sie nicht fragen, was ist gut für Europa und für die Menschen ausmachen kann.

Wir diskutieren häufig in den Ausschüssen und auch hier im Plenum des Landtags über das Thema Subsidiaritätsprinzip. Sie alle hier kennen ganz genau den Unterschied zwischen dem legitimen Beharren auf dem Subsidiaritätsprinzip und dem engen Blick durch die rein nationale Brille, einem Blick, der für das Gemeinwohl blind macht und der Europa zerstört und es nicht stärkt.

Vorhin wurde das große Ausmaß an Bürokratie angesprochen. Es ist noch gar nicht lange her, dass Edmund Stoiber aufgebrochen ist, um die Bürokratie in Europa zu bekämpfen. Hier sind wir uns wohl einmal einig: Dabei hat er in den letzten Jahren wohl relativ wenig bis gar nichts erreicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Europa, die EU muss wieder zum Ort der Hoffnung werden. Das wird die EU aber nur, wenn sie die Zukunft gestaltet. Das gilt für die persönliche Zukunft, vor allem im Hinblick auf die Themen Arbeit und soziale

Gerechtigkeit. Ich habe bereits das Thema Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa angesprochen. Dieses Problem muss ernsthafter angegangen werden. Hier wird einer ganzen jungen Generation die Zukunftschance geraubt. Das gilt auch für unsere gemeinsame Zukunft in einer ökologisch intakten Welt.

Europa steht unstrittig am Scheideweg. Ein "Weiter so", bei dem die Politik von nationalen Egoismen bestimmt und im Hinterzimmer ausgehandelt wird, bedeutet den langsamen Tod des gemeinsamen Europas. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, keine Gemeinschaft überlebt, wenn darin jeder nur an sich selbst denkt, Brücken abgebrochen und Mauern hochgezogen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen eine EU, in der Werte der Aufklärung und der Moderne die Politik bestimmen. Wir brauchen eine EU der Bürgerinnen und Bürger. Nur sie hat die Kraft und die Legitimation, Teil einer europäischen Identität zu werden. Die EU ist nur dann erfolgreich und wird nur dann die Herausforderungen meistern können, wenn sie zu einer Herzensangelegenheit der Menschen wird. Rein wirtschaftliches Kalkül allein reicht da nicht aus.

Ich habe mit dem Zitat eines jungen Engländers angefangen, der ganz sprachlos vor der Kamera stand und sich fragte, warum sein Land nicht mehr Teil der EU sein soll. Für ihn war das selbstverständlich. Er kann seine Entscheidung jetzt nicht mehr rückgängig machen; die Wahl ist gelaufen. Für uns alle gilt aber: Wir können etwas ändern. Ich bitte Sie wirklich, in Zukunft auch in Ihrer Rhetorik auszudrücken, dass Sie die Chancen in Europa sehen und ansprechen, was wir besser und anders machen müssen, aber dieses ständige "Brüssel-Bashing" sein zu lassen. Dieser Begriff stammt nicht von mir, sondern von Manfred Weber, der es genau so im EU-Parlament gesagt hat. Stellen Sie das Bashing gegen Brüssel endlich ein!

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Kollege Rinderspacher das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Verehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Brexit des Vereinigten Königreichs muss für uns Anlass sein, die Politik Europas, der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten, aber auch die Politik des Freistaats auf den Prüfstand zu stellen und die notwendigen Rückschlüsse für die Zukunft daraus zu ziehen. Das wird viel Zeit in Anspruch nehmen; das geht nicht in einer Debatte. Aber gestatten Sie mir dazu in der Kürze der Zeit für die Begründung unseres Dringlichkeitsantrags drei grundsätzliche Bemerkungen.

Der Ausstieg des Vereinigten Königreichs ist ein schwerer Rückschlag für die Europäische Integration. Europa ohne Großbritannien schien bis zum letzten Donnerstag nahezu unvorstellbar. Das Ergebnis des Referendums ist aber zu respektieren und auch schnell umzusetzen, Kollege Aiwanger. Eine Verzögerung des britischen Austritts bis zum Herbst wäre politisch falsch und wirtschaftlich fahrlässig. Es würde ein unnötig langer Schwebezustand entstehen, der die Europäische Union lähmen und andere wichtige Themen wie zum Beispiel das Migrationsdossier in den Hintergrund stellen würde. Im Übrigen gebietet es auch der Respekt vor dem Referendum des britischen Volks, dass seine Entscheidung zügig und ohne schuldhaftes Zögern umgesetzt wird. Das verantwortungslose und nahezu treuwidrige Taktieren des britischen Premierministers darf nicht in die Verlängerung und ins Elfmeterschießen gehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen jetzt deshalb konstruktive und wohlwollende Verhandlungen und Gespräche; denn es liegt in unserem Interesse, dass wir die gute, freundschaftliche Partnerschaft und die hervorragenden wirtschaftlichen Beziehungen aufrechterhalten. Nötig sind aber auch strikte und konsequente Verhandlungen; denn eine zu nachlässige Verhandlungsposition der Europäischen Union könnte Nachahmungstendenzen in

anderen potenziell austrittswilligen Mitgliedstaaten verstärken und schließlich auch einen Dominoeffekt auslösen. Um dies zu verhindern, muss auch der Eindruck eines nach dem Austritt erhältlichen Europas à la carte vermieden werden. Es darf keine Zweifel daran geben, dass das Kronjuwel des freien Zugangs zum Binnenmarkt nur gegen Einhaltung der Grundfreiheiten und gegen Einzahlung in den EU-Haushalt erhältlich ist. Die Zeit der britischen Rosinenpickerei – so hat es gestern die Bundeskanzlerin genannt – ist vorbei. Out ist out, the game is over!

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Aiwanger, Sie haben recht in Ihrer Analyse. Es geht um Schadensbegrenzung, aber Schadensbegrenzung erreicht man nicht dadurch, dass man auf Zeit spielt, sondern dadurch, dass man jetzt den Willen des britischen Volkes schnell umsetzt.

Meine Damen und Herren, die Menschen brauchen Klarheit. Es gibt viele Fragen. Gilt die EU-Aufenthaltsgenehmigung, die der bayerische Arbeitnehmer bis jetzt genießt, in Kürze noch für England? Wird es Kompensationszahlungen aus gegenseitigen finanziellen Verpflichtungen aus dem EU-Haushalt geben? Was ist mit dem Fortbestehen des Aufenthaltsrechts britischer Bürger, die bereits in der Europäischen Union leben? Was ist mit den laufenden Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof sowie mit laufenden Kartellverfahren? Welchen Anteil an den Pensionsverpflichtungen und an Krankenversicherungen für die britischen EU-Beamten und britischen Rentner im EU-Ausland übernimmt nun das Vereinigte Königreich? Werden britische Beamte in den Institutionen der Europäischen Union weiter beschäftigt? Welche Konsequenzen ergeben sich für die Verhandlungen über TTIP? – Fragen über Fragen!

Tatsächlich stimme ich mit Ihrer Analyse, Herr Dr. Rieger, dass die Schuld überwiegend in Brüssel zu suchen ist, nicht überein. Ich stimme nicht mit Ihrer Analyse überein, dass die britischen Bürger mehrheitlich entschieden haben: Uns ist dieses Europa zu bürokratisch und deshalb treten wir aus. Das war eine Ihrer Kernaussagen. Die

Wahrheit ist doch ganz offensichtlich eine andere: Die nationalkonservative Regierung in Großbritannien hat über viele Jahre hinweg unter Zuhilfenahme von Stimmen von ganz weit rechts Front gegen Migranten gemacht und der Bevölkerung versprochen: Wenn wir aus der Europäischen Union austreten, dann gibt es in unserem Land weniger Ausländer. Dieses Lied haben zum Schluss immer mehr Menschen mitgesungen, und das war ein Hauptgrund dafür, dass es tatsächlich zum Brexit kam.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, dass die wesentliche Verantwortung bei David Cameron zu suchen ist. Er hat Europa leichtsinnig und verantwortungslos jahrelang schlechtgeredet, um innenpolitisch Geländegewinne zu erzielen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aus parteipolitischen Gründen!)

Das kommt heute als Bumerang zurück. Es gehört im Übrigen zu den unrühmlichen Kapiteln des Jahres 2016, dass der britische Premierminister David Cameron für seine europapolitische Geisterfahrt zu Beginn dieses Jahres bei der Klausurtagung der Landesgruppe der Christlich-Sozialen Union Beifall aus Bayern erhalten hat.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Hört! Hört!)

Der bayerische Ministerpräsident hat David Cameron noch vor einem halben Jahr bei der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe den roten Teppich ausgerollt und dessen Politik als Vorbild für Bayern bezeichnet. Das, was Herr Cameron macht, sei CSU pur, hat er gesagt.

Meine Damen und Herren, wir wissen nun um die Konsequenzen dieser Politik von Herrn Cameron oder dessen, was "CSU pur" genannt wird. Die Aktien- und Devisenmärkte brechen zusammen. Großbritannien steht vor einem Pauperismus in vielen Landesteilen. Die Armen werden noch ärmer werden, die Arbeitslosigkeit wird steigen. Der Brexit hat schon heute eine Welle an Rassismus auf den britischen Inseln zur Folge. Die Ausländer müssen als Sündenböcke herhalten, und die Nationalkonservati-

ven in München und in London klopfen sich auch noch schwesterparteilich auf die Schultern. Mit solchen Schulterschlüssen erweisen Sie, Herr Ministerpräsident, den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern und in Europa einen Bärendienst.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb fordern wir von der Staatsregierung ein grundlegendes Umdenken in der Europapolitik. Es ist nicht gut, wenn man sich immer wieder in die geistige Nachbarschaft der autoritären Nationalkonservativen Europas begibt und wenn man eine Politik der Renationalisierung Europas betreibt.

(Beifall bei der SPD)

Wer in diesen Zeiten – ausgerechnet in Bayern – das Hohe Lied auf den Nationalstaat preußischer Provenienz singt und wer einer "Orbanisierung" Bayerns und Europas das Wort redet, der hat aus unserer Geschichte hier in Bayern nichts, aber auch wirklich gar nichts gelernt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb stehen wir vor grundlegenden Fragestellungen: Werden wir die Fragen unserer Zeit, des 21. Jahrhunderts, mit dem Nationalstaatsmodell des 20. Jahrhunderts oder gar mit der Kleinstaaterei des 19. Jahrhunderts bewältigen können? Kehren wir ein knappes Vierteljahrhundert nach der Deutschen Einheit und der überwunden geglaubten Teilung Europas in das Zeitalter der Schlagbäume mit neuen Mauern zurück, und seien es nur neue Mauern in den Köpfen? Haben wir vergessen, dass wir diesem Europa einen rasanten Anstieg des Volkswohlstandes auch bei uns im Freistaat Bayern zu verdanken haben? Im Jahr 2014 hat die bayerische Wirtschaft Waren im Wert von über 90 Milliarden Euro in die EU-Mitgliedsländer exportiert. Das sind mehr als 53 % aller Ausfuhren. Über Jahrzehnte hinweg hat uns Europa Frieden, Wohlstand und Freiheit gebracht. Europa hat nach wie vor große Anziehungskraft auf immer mehr Menschen. Ganze Völker und Länder wollen bis heute unbedingt Teil dieses Eu-

ropas werden. Deshalb muss die Grundbotschaft bayerischer Europapolitik lauten: Europa ist gut für Bayern. Das muss die Grundbotschaft sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen mit großer Sorge, dass das autoritär-konservative Europa auf dem Vormarsch ist. Herr Kollege Hartmann hat es angesprochen. Die Rechtsnationalen haben die Wahlen in Polen gewonnen. Sie besetzen jetzt die Büros des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Viktor Orbán regiert in Ungarn und stellt sich gegen die europäischen Werte. In Schweden sind die rechtspopulistischen Schwedendemokraten in den Umfragen die stärkste Partei. In Finnland sind die Wahren Finnen bei den Wahlen die zweitstärkste Partei geworden; sie sind in die Regierung eingezogen. Bei den Wahlen in Österreich hat die FPÖ stark zugelegt. Fast wäre ein Rechtspopulist dort Bundespräsident geworden. Bei den Regionalwahlen in Frankreich ist der Front National stärkste Partei geworden.

Meine Damen und Herren, diese Bewegungen stehen für alles, was dem Gemeinsinn in Europa schadet. Sie spalten die Gesellschaft, sie sind offen rassistisch, sie grenzen Minderheiten aus, und sie setzen auf eine autoritär- nationalkonservative Politik. Deshalb sind wir gefordert, dem unser europäisch-bayerisches Konzept des Miteinanders, des Zusammenhalts, der Integration, der Versöhnung und des Gemeinsinns offensiv entgegenzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Der Freistaat Bayern hat ein vitales Interesse daran, dass Europa nicht auseinanderfällt und dass die europäische Idee verteidigt wird. Es macht keinen Sinn, eine Politik zu betreiben, mit der man auf Europa draufklopft. Ich erinnere auch an den Europawahlkampf des Jahres 2014:Damals konnte sich die Mehrheitspartei hier im Bayerischen Landtag nicht entscheiden, ob sie die Europahymne mitsingen soll oder ob man besser damit fährt, permanent gegen Brüssel in Frontstellung zu gehen. Wir kennen auch das Ergebnis: Die CSU hat bei den Europawahlen das schlechteste Wahler-

gebnis eingefahren, das sie je hatte. Die AfD, die Sie mit dieser Politik eigentlich bekämpfen wollten, meine Damen und Herren, hat das stärkste Ergebnis von allen 16 Bundesländern in Bayern erzielt. Das stärkste Ergebnis! Sie haben die AfD stark gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die AfD stark gemacht, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD – Josef Zellmeier (CSU): Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Der aufkeimende Nationalismus in Europa mit immer schrilleren Tönen erfordert eine Antwort, die auf Dialog und Ausgleich setzt. Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur europäischen Einigung. Nach Jahrzehnten der Wirtschafts-, der Handels-, der Finanz-, aber auch der Friedenspolitik als Schwerpunkten müssen jetzt Jahrzehnte der Investitionen in Bildung, soziale Gerechtigkeit, soziale Schutzstandards in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union folgen. Wir müssen weiter daran arbeiten, dass die Europäische Kommission künftig zu einer wahren europäischen Regierung umgebaut wird, zu einer Regierung, die durch das Europaparlament und durch eine zweite Kammer der Mitgliedstaaten kontrolliert wird. Wir wollen keine Alleingänge der Europäischen Union, wie das jetzt bei CETA der Fall ist. Es ist ein Unding, dass die Mitgliedstaaten umgangen werden. Sie müssen beteiligt werden. Diese Entscheidung muss korrigiert werden.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir brauchen mehr Demokratie und mehr Transparenz. Die Zeit der Hinterzimmerverhandlungen und der Geheimabkommen muss ein für alle Mal beendet werden. Wir setzen auch auf eine wirtschaftspolitische Wende und einen Wachstumspakt, insbesondere für Südeuropa, der diesen Namen verdient. Europa muss auch die Gerechtigkeitsfrage beantworten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn Arbeitnehmer, kleine und mittelständische Unternehmer jeden Monat ihre Steuer bezahlen, während Spe-

kulanten gleichzeitig ihre Milliardenbeträge in Steueroasen parken können, dann entsteht eine eklatante Gerechtigkeitslücke. Europa muss deshalb die Instrumente bekommen, um Steuervermeidung und Steuerbetrug effektiv bekämpfen zu können. Das Land des Gewinns ist das Land der Steuer. Das ist ein einfacher Grundsatz, mit dem sehr schnell ein wirkungsvolles Signal für mehr Gerechtigkeit gesetzt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Europa braucht auch eine gemeinsame Einwanderungspolitik. Ohne ein gemeinsames europäisches Einwanderungsrecht werden wir die Herausforderungen durch die Migration wohl kaum stemmen können. Das verlangt sowohl eine gemeinsam abgestimmte Asylpolitik als auch ein gemeinsames Vorgehen bei der Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen und Zuwanderern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern braucht eine neue europapolitische Erzählung. Die SPD orientiert sich dabei an dem, was uns der Bundespräsident vor zwei Jahren mit auf den Weg gegeben hat. Wir alle in diesem Hohen Haus sollten uns dies auf die Fahne schreiben. Joachim Gauck sagte: Europa braucht jetzt nicht Bedenkenträger, sondern Bannerträger, nicht Zauderer, sondern Zupacker, nicht Getriebene, sondern Gestalter. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der SPD: Bravo, bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich jetzt Herrn Professor Dr. Piazolo das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Rinderspacher, die ersten Stichworte meiner Rede heißen: Januar, Schnee, Wildbad Kreuth, David Cameron, und dann: CSU pur.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Insofern kann ich es jetzt kürzer machen. Das war Gedankenübertragung. Es liegt aber auch ein wenig nahe, dass man diese Stichworte nimmt. Die CSU hat David Cameron vor einem halben Jahr gefeiert, einen – und das sage ich jetzt ganz deutlich – schlechten Europäer. David Cameron hat dieser Europäischen Union massiv geschadet. Wenn das aber die CSU pur ist, dann tut es mir leid für diese Partei. Das sage ich hier ganz deutlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Im letzten Satz des CSU-Dringlichkeitsantrags lese ich da aber nicht mehr "Cameron" und "Kreuth", sondern darin ist enthalten: Frau Merkel und Potsdam. Das ist genau das, was sie auch will. Was soll die EU-Politik diesem Dringlichkeitsantrag zufolge tun? – Sie soll die Flüchtlingskrise bewältigen, sie soll sich um den Schutz der Außengrenzen kümmern, um das Asylsystem und vieles andere. In den Debatten zur Flüchtlingspolitik vor drei Monaten in diesem Hohen Hause standen Sie, Herr Kreuzer, doch noch ganz woanders: Da wollten Sie die bayerische Polizei zum bayerischen Grenzschutz.

(Thomas Kreuzer (CSU): Völlig falsch, was Sie sagen!)

Da war nichts von europäischer Asylpolitik zu hören.

(Thomas Kreuzer (CSU): So lange das andere nicht klappt!)

Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das nicht mehr Cameron, sondern –, Sie haben sich sehr schnell geändert –, das ist jetzt Merkel. Ein fröhlicher Abend in Potsdam reicht, um Sie umzustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Das Ganze erinnert mich ein wenig an meine Kindheit. Damals hatten wir auf dem Balkon ein Wetterhäuschen. Dieses Wetterhäuschen hat auf die Luftfeuchtigkeit reagiert: Gutes Wetter – Sonnenfrau, schlechtes Wetter – Regenmann. Das ist CSU-Politik.

(Unruhe bei der CSU)

Beim Euro: Stoiber dagegen als Regenmann. Sonnenfrau war damals Waigel. Im Wahlkampf hat Gauweiler gegen jeden Vertrag der Europäischen Union geklagt – Regenmann. Jetzt haben Sie als stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Weber, der ist pro-Europa, also Sonnenfrau. Bei den Flüchtlingen ist Herr Kreuzer der Regenmann. Kollege Martin Neumeyer ist vielleicht die Sonnenfrau. So geht das hin und her.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Und bei den FREIEN WÄHLERN? – Unruhe bei der CSU)

Der Ministerpräsident aber ist ein Wetterhäuschen für sich allein: Er ist sowohl Regenfrau als auch Sonnenmann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Unruhe)

Wetterwenderisch ist auch dieser Antrag, meine lieben Kollegen. Bei dem, was da drin steht, muss ständig mit dem Umschwung des Verhaltens gerechnet werden. Das ist die Definition der Europapolitik der CSU: eine ständige Änderung des Verhaltens. Ich begrüße, was im Antrag steht; das sage ich ausdrücklich. Ich begrüße es, dass Sie sich gewendet haben.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sonnenfrau!)

Ihr Antrag ist jetzt wesentlich europafreundlicher als die Politik, die Sie in den letzten Jahren gemacht haben. Diese wetterwenderische Politik bewirkt aber, dass die Menschen kein Vertrauen in die EU mehr haben. Wenn man die Europäische Union die ganze Zeit schlechtmacht und beschimpft, dann kann man kein Vertrauen schaffen. Sie, Herr Ministerpräsident, sagen völlig zu Recht – das haben wir auch gesagt –, wir müssen die Herzen der Menschen erreichen. Das kann man doch nur mit einer stringenten Politik. Man muss den Leuten klarmachen, was ihnen die Europäische Union bringt.

Wenn Sie viele Jahre zurückblicken, dann sehen Sie: Damals haben die Menschen die Grenzzäune eingerissen. Das war damals das Narrativ, die Erzählung für Europa: gemeinsam Grenzen niederreißen. Eine solche Erzählung brauchen wir wieder. Wir brauchen etwas, damit die Menschen sagen: Wir glauben an Europa, dieses Europa bringt uns gemeinsam voran. Dafür gäbe es Beispiele.

Kämpfen Sie doch beispielsweise beim europäischen Investitionsprogramm dafür, dass die Kommunen für die Flüchtlingspolitik Geld bekommen. Das lässt sich machen; denn dort ist Geld vorhanden. Was wir wirklich brauchen, sind Beispiele für die Bürger, damit sie sagen: Wir brauchen dieses Europa, wir wollen dieses Europa. Nur dann werden wir diese Europäische Union voranbringen. Wir werden sie aber nicht mit reiner Machtpolitik oder Taktikspielchen voranbringen, wie es Herr Cameron versucht hat. Wir werden sie auch nicht voranbringen mit einem Jean-Claude Juncker an der Kommissionsspitze, der das Volk von den Entscheidungen ausschließt. Das ist Ihr Kandidat gewesen. Ich würde mir schon sehr überlegen, ob man Herrn Juncker und diejenigen, die so weitermachen wollen wie bisher, wirklich an der Spitze der Kommission lassen will. Sollte man nicht sagen: Hier muss ein Wechsel her, denn anders erreicht man die Menschen nicht?

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Dr. Merk ums Wort gebeten. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Die Menschen in Großbritannien haben sich mehrheitlich dafür entschieden, mit "Leave" zu votieren. Sie haben damit einen neuen und ungewissen Pfad beschritten. Das Votum der britischen Bevölkerung für einen Austritt ihres Landes aus der EU kann für die gesamte Europäische Union erhebliche Konsequenzen mit sich bringen – für die Mitgliedstaaten und auch für die Menschen und die Wirtschaft hier in Bayern.

Auch wenn uns diese Entscheidung sehr bewegt: Es geht jetzt darum, nüchtern zu analysieren und zielgerichtet zu handeln. Das gilt sowohl für unsere Sicht auf Großbritannien als auch für die Frage, welche Konsequenzen nun von der Europäischen Union und von Bayern zu ziehen sind.

Zunächst einmal zu Großbritannien. Hier gilt: Schritt für Schritt. Die Entscheidung der Mehrheit der Bevölkerung in Großbritannien hat mindestens genauso viel mit der Innenpolitik zu tun wie mit der Entwicklung in Europa und in der Welt. Sie drückt insgesamt – das haben viele von Ihnen gesagt – dieses emotionale Unbehagen mit ganz vielen verschiedenen Dingen aus. Auch in anderen Ländern wird das so gesehen. In allererster Linie verlangt das Votum nach einer innenpolitischen Neuorientierung im Vereinigten Königreich. Das heißt, die dortigen politischen Kräfte müssen sich darüber klar werden, was diese Entscheidung tatsächlich bedeutet, wie sie damit umgehen, und sie müssen sich wohl auch neu formieren. Es ist nur fair, wenn ihnen dafür eine angemessene Zeit eingeräumt wird. Es geht nicht um Tage, es geht nicht um Stunden; aber es sollten auch nicht endlos viele Wochen und Monate sein. Aber eines gilt auf jeden Fall: Mit Drohen und mit Drängen bekommen wir etwas ganz anderes auf den Tisch, nämlich noch mehr Frustration, auch der Menschen in unserem Land.

(Beifall des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

Für uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird es kein "Weiter so!" geben. Alles wird dafür vorbereitet, dass, wenn es zu einer Austrittserklärung kommt, die notwendigen Gespräche zügig geführt werden. Das sind wir der Wirtschaft schuldig. Sie kann keine Unsicherheit gebrauchen. Für die aktuellen, großen politischen Herausforderungen sollen Lösungen auf den Weg gebracht werden. Diese dürfen nicht über Jahre von einer Diskussion über den Brexit überlagert werden.

Wir müssen erstens bei den Gesprächen unsere eigenen Interessen in den Vordergrund stellen. Jetzt geht es nicht darum, was für die Briten am wichtigsten ist. Im Prinzip geht es auch nicht darum, was die Londoner Finanzzentren wollen, sondern es

geht um unsere vitalen Interessen und darum, eine nahtlose Anschlussregelung zu finden, damit das Verhältnis Europas zu Großbritannien auch in Zukunft solide und stark ist. Unsere Unternehmer und Wissenschaftler brauchen das. Das wollen natürlich auch Schüler, Studierende, Arbeitnehmer und sonstige Kreative, die pendeln und mit Großbritannien eng zusammenarbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens geht es um die Zukunft der Europäischen Union. Wir müssen uns darüber klar werden, welche Forderungen wir stellen und welche Folgerungen wir aus dieser Entscheidung ziehen. Die Staaten in Europa sollen sich in erster Linie auf die großen Herausforderungen konzentrieren – Sie haben das angesprochen –: Die Flüchtlingskrise muss bewältigt werden. Wir brauchen ein reformiertes Asylsystem, und wir brauchen vor allem endlich einen wirksamen Schutz der europäischen Außengrenzen.

(Beifall bei der CSU)

Europa wird in der Sicherheits- und in der Außenpolitik mehr denn je gefordert sein. Unser Kontinent ist von instabilen Krisenregionen umgeben. Wir merken, dass terroristische Attacken immer näher rücken.

Wir brauchen drittens eine Stärkung des Binnenmarktes und eine weitere Stabilisierung der Eurozone. Wir brauchen eine Stärkung der Innovationskraft und der Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Union. Uns muss klar sein: Zur Bewältigung dieser großen Aufgaben brauchen wir das Miteinander aller Mitgliedstaaten.

(Christine Kamm (GRÜNE): Auf einmal!)

Wir brauchen gute, überzeugende Lösungen. Die schaffen wir nur, wenn wir zusammenhalten und miteinander in eine Richtung gehen. Wir werden auch das notwendige Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit und Stabilität der Gemeinschaft der europäischen Staaten nur so erreichen: miteinander und nicht gegeneinander.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Ich möchte auch sehr deutlich sagen, dass uns ein Konvent und eine Reform von Institutionen nicht helfen, um das zu überbrücken. Wir wollen diese Entscheidung nicht noch weiter von den Bürgern wegrücken. Die europäischen Verträge bieten eine gute Grundlage. Diese Verträge sind flexibel genug, um notwendige Anpassungen vornehmen zu können. Darin gebe ich Ihnen völlig recht.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wem geben Sie recht?)

Eines darf man sich dabei nicht vormachen: Die Interessen der Staaten und der Regionen in Europa sind so vielfältig wie sie selbst. Wir wissen alle, dass diese Staaten in ihrer Wirtschaftskraft, Finanzkraft und Verwaltungskompetenz völlig unterschiedlich sind. Auch Rechtsstaatlichkeit oder Investitionssicherheit sind nicht überall in gleichem Maße gewährleistet. Hinzu kommt, dass das, was man in Brüssel beschließt, nicht überall mit der gleichen Begeisterung umgesetzt wird. Dies haben nicht nur abschreckende Beispiele gezeigt wie etwa die Verteilung von 160.000 Flüchtlingen in der Europäischen Union. Die Haushaltsdisziplin ist nicht in allen Staaten der Eurozone die gleiche; davon möchte ich erst gar nicht reden.

Dass sich die Bürgerinnen und Bürger unter diesen Umständen wundern und fragen, ob wir überhaupt noch eine europäische Einheit haben, ist eigentlich klar.

Zur Beantwortung all dieser Fragen stehen in erster Linie die Regierungen in Europa in der Verantwortung. Es liegt an ihnen und an uns gemeinsam, angesichts der Verantwortung gegenüber der eigenen Bevölkerung und gegenüber den europäischen Partnern die richtigen Antworten zu finden. Wo immer es geht, müssen wir Gemeinsamkeiten finden. Wo es nicht geht, müssen wir Rücksicht und Verständnis zeigen. Hier muss man sich gegenseitig Freiräume zugestehen.

Wer den Nationalstaat als "von gestern" bezeichnet, der steht für ein Europa der Gleichmacherei und der Spaltung. Bayern und die CSU stehen für ein Europa der Vielfalt und der Identität.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das steht auch in der Verfassung!)

Wir haben deshalb auch Verständnis dafür, wenn Länder wie Ungarn oder Polen in ihren Grenzen selbst gestalten wollen, so, wie sie es für richtig halten, und so, wie wir es hier in Bayern auch für uns in Anspruch nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die AfD in Bayern die niedrigsten Werte in Deutschland hat, spricht Bände.

(Markus Rinderspacher (SPD): Dank der CSU hat die AfD bei der Europawahl den höchsten Wert erhalten!)

"CSU pur" und die Einladung von Cameron nach Bayern – das muss jetzt auch einmal richtig gestellt werden – bezogen sich darauf, dass wir keine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme wollen. Dazu stehen wir. Das ist eine Aussage, die im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger richtig war.

(Beifall bei der CSU)

Haben Sie bitte nicht die Illusion, dass man über eine EU ähnliche Lebensverhältnisse im Süden und Norden, im Osten und Westen unseres Kontinents schaffen kann. Die EU ist kein Schüttelbecher, in den leistungsfähige Staaten das Geld für reformunwillige Staaten legen müssen. Das muss auch gesagt werden. Gut 25 Jahre nach der großen Wende und 10 Jahre nach der Osterweiterung müssen wir ein Stück weit Realismus bewahren.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, für Deutschland und für Bayern und für die CSU gehört die europäische Einheit zur Staatsräson. Ich erinnere an die Ergänzung der Bayerischen Verfassung zur Mitwirkung des Landtags in Europafragen,

die alle politischen Kräfte dieses Hauses mitgetragen haben. Heute wurde das Parlamentsbeteiligungsgesetz beraten. Lassen Sie uns deshalb in diesem Sinn gemeinsam weiter von Bayern aus auf die europäische Politik einwirken. Wir sind ausgezeichnet aufgestellt mit einer guten Vertretung in Brüssel, mit einer kundigen Verwaltung, mit professioneller europapolitischer Arbeit in allen Verbänden, Stiftungen und Organisationen Bayerns und vielen Möglichkeiten der politischen Zusammenarbeit mit dem Bund und Europa auf allen Seiten des Hauses. Am Montag erst war ich in Brüssel mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft beim Tag der Bayerischen Wirtschaft. Ich habe mit den Teilnehmern besprochen, was für unsere Wirtschaft gut ist.

Ich danke allen, die sich dafür eingesetzt haben, dass wir mit Ost- und mit Mitteleuropa ein so starkes Verhältnis haben. Ich möchte das ganz besonders der Präsidentin des Bayerischen Landtags sagen, die dieses immer mit großer Verve und Überzeugung mitgetragen hat.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben exzellente Beziehungen zu unseren Nachbarn in Europa. Allein das, was uns mit Tschechien gelungen ist, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ist für mich ein Musterbeispiel dafür, wie ein Europa für die Bürgerinnen und Bürger funktionieren kann. Das ist großartig, und darauf sind wir sehr stolz.

(Beifall bei der CSU)

Wir sollten unsere Kompetenz weiter mit aller Kraft einsetzen und damit der besonderen Rolle Bayerns in der Mitte Europas gerecht werden. Wir brauchen ein starkes Bayern in einem starken Europa. Das ist für mich jetzt die Devise. In diesem Sinne möchte ich Sie alle dazu auffordern, für ein starkes Bayern in einem starken Europa zu kämpfen und uns mit Überzeugung, aber auch überlegt, fair und geradlinig einzusetzen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich darf allerdings bekannt geben, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung über ihren Antrag beantragt hat. Das bedeutet, dass wir jetzt in der Tagesordnung fortfahren und die namentliche Abstimmung und alle anderen Abstimmungen nach dem nächsten Tagesordnungspunkt durchführen werden.

(...)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Dringlichkeitsanträge zum Thema Brexit. Ich lasse zunächst über die Dringlichkeitsanträge abstimmen, für die keine namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/12130, das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/12135 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/12144, das ist der Antrag der SPD, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/12132, das ist der Antrag der CSU-Fraktion. Für diesen Dringlichkeitsantrag wurde namentliche Abstimmung beantragt. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Dafür sind drei Minuten vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 17.46 bis 17.49 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Saals ermittelt und zu gegebener Zeit bekannt gegeben. – Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Bocklet, Schreyer-Stäblein und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Konsequenzen aus dem Brexit besonnen ziehen – Für eine bessere EU-Politik!", Drucksache 17/12132, bekannt. Mit Ja haben 88 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 55 Abgeordnete. Es gab 14 Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.06.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Reinhold Bocklet, Kerstin Schreyer-Stäblein u. a. und Fraktion CSU; Konsequenzen aus dem Brexit besonnen ziehen - Für eine bessere EU-Politik! (Drucksache 17/12132)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			X
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. **Bernhard** Otmar	X		
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
von **Brunn** Florian		X	
Brunner Helmut	X		
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			X
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther			
Flierl Alexander	X		
Dr. **Förster** Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul		X	
Gehring Thomas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith			
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			X
Dr. **Goppel** Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			X
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine	X		
Häusler Johann			
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold			X
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. **Hopp** Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. **Huber** Marcel	X		
Dr. **Huber** Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. **Hünnerkopf** Otto	X		
Huml Melanie			
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Kränzlein** Herbert		X	
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred			
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. **Magerl** Christian		X	
Dr. **Merk** Beate	X		
Meyer Peter			
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin			
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. **Reichhart** Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian			
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. **Schwartz** Harald	X		
Seehofer Horst	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig	X		
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. **Vetter** Karl			X
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. **Wengert** Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	88	55	14